

Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 8. Februar 1933

Nr. 7

Tag	Inhalt:	Seite
6. 2. 33. Verordnung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933		23
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.		24

(Nr. 13832.) Verordnung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 35). Vom 6. Februar 1933.

Auf Grund des § 1 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 1, § 14 Abs. 1 und § 25 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 35) in Verbindung mit Artikel 51 der Preussischen Verfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Leitende preussische Beamte im Sinne des § 2 Nr. 2 und des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung sind:

- a) die aktiven Staatsminister, soweit sie tatsächlich ein Ministerium verwalten;
- b) die Staatssekretäre in den Ministerien;
- c) die Oberpräsidenten;
- d) der Kammergerichtspräsident und die Oberlandesgerichtspräsidenten;
- e) die Regierungspräsidenten;
- f) die Polizeipräsidenten.

§ 2.

Zuständig sind:

1. für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel sowie für die Genehmigung solcher Veranstaltungen unter Auflagen statt eines Verbots nach § 1 Abs. 2 der Verordnung in Stadtkreisen und in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landräte.

Bezieht sich das Verbot auf eine Versammlung, die bereits begonnen hat, so sind zu einem Verbote der Fortsetzung der Versammlung (Auflösung) auch die in sie entsandten Beauftragten der Polizeibehörde (§ 3 der Verordnung) befugt.

2. für die Anordnung der polizeilichen Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften gemäß § 7 Abs. 2 der Verordnung außer den Ortspolizeibehörden auch die Landräte und der Polizeipräsident (Landeskriminalpolizeiamt I) in Berlin.

Die räumliche Wirkung der Anordnung erstreckt sich auf den Bereich der anordnenden Behörde; wird die Beschlagnahme und Einziehung vom Polizeipräsidenten (Landeskriminalpolizeiamt I) in Berlin angeordnet, so erstreckt sich die Wirkung auf das ganze Staatsgebiet.

3. für das Verbot periodischer Druckschriften nach den §§ 9, 10 und 11 der Verordnung auch die Oberpräsidenten für den Bereich ihrer Provinz, der Regierungspräsident in Sigmaringen für den Bereich des Regierungsbezirkes Sigmaringen und der Polizeipräsident in Berlin für den Bezirk der Stadt Berlin;
4. für das Verbot des Einsammelns von Geld- oder Sachspenden nach § 14 Abs. 1 der Verordnung auch die Regierungspräsidenten für den Bereich ihres Bezirkes und der Polizeipräsident in Berlin für den Bezirk der Stadt Berlin;
5. für die Anordnung und den Vollzug der polizeilichen Haft nach § 22 der Verordnung die Ortspolizeibehörden;

6. für die polizeiliche Schließung von Räumlichkeiten und für die Beschlagnahme und Einziehung von Waffen nach § 23 Abs. 1 und 2 der Verordnung die Ortspolizeibehörden.

§ 3.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 23 Abs. 5 Satz 2 der Verordnung sind die Regierungspräsidenten für den Bereich ihres Bezirkes und der Polizeipräsident in Berlin für den Bezirk der Stadt Berlin.

Berlin, den 6. Februar 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.
von Papen. Göring.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 19. Dezember 1932 über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Schleswig-Holsteinischen Landschaft durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 2 S. 9, ausgegeben am 14. Januar 1933;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 29. Dezember 1932 über die Genehmigung eines Nachtrags zu den Verordnungen, betr. das Ritterschaftliche Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg, durch das Amtsblatt der Regierung in Lüneburg Nr. 3 S. 13, ausgegeben am 21. Januar 1933.

Die amtlich genehmigte

Einbanddecke zur Preussischen Gesetzsammlung Jahrgang 1932

liegt vor. Für die Jahrgänge 1920—1931 sind noch Restbestände der Einbanddecke vorhanden. Bezug durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag.

Preis 1,35 RM zuzüglich der Versandkosten.

Von den Jahrgängen 1920—1932 hält der Verlag in die amtlich genehmigte Einbanddecke gebundene Stücke vorrätig.

Von den **Hauptfachverzeichnissen 1884/1913 und 1914/1925** sind noch Bestände vorhanden, die zu dem **ermäßigten Preise** von 1,— bzw. 2,— *Rest* netto verkauft werden.

Bezug nur direkt vom Verlag.

Berlin W. 9
Linsstraße 35

R. von Decker's Verlag, G. Schend
Abteilung Preussische Gesetzsammlung.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linsstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM, vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteckigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.